

ver.di

vaau

UNSERE ZEITUNG FÜR DIE
BERLINER FINANZÄMTER

Informationen | Meinungen | Analysen | Termine | Links

20. Januar 2023

ver.di übergibt mehr als 11.000 Unterschriften an den Finanzsenator Berliner Beschäftigte fordern Inflationsausgleichsprämie

Am heutigen Freitag übergibt eine ver.di-Delegation dem Finanzsenator Daniel Wesener mehr als 11.000 Unterschriften von Beschäftigten des Landes Berlin, die von ihrem Arbeitgeber die Zahlung eines Inflationsausgleichs fordern. Anders als ihre Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen, für die in der kommenden Woche am 24. Januar die Tarifrunde beginnt, werden die Beschäftigten des Landes Berlin erst nach der im Herbst 2023 für sie beginnenden Tarif- und Besoldungsrunde mit einem von ver.di ausgehandelten oder noch zu erkämpfenden Einkommenszuwachs rechnen können.



Bereits im Gespräch des ver.di-Fachvorstands Steuerverwaltung mit dem Finanzsenator am 23.11.2022 hatte Jörg Bewersdorf den Senator unter Hinweis auf die Laufzeit des aktuellen Tarifvertrages aufgefordert, die seit Oktober 2022 mögliche Zahlung einer Inflationsprämie von 3.000,- Euro ernsthaft zu erwägen. *„Die letzte Tarif- und Besoldungserhöhung wurde unter völlig anderen Bedingungen vereinbart. Die 2,8 % zum 1. Dezember 2022 reichen bei Weitem nicht aus, um die Kostensteigerungen auch nur annähernd zu kompensieren. Die Beschäftigten in den Ländern brauchen jetzt einen spürbaren Ausgleich“*, so Jörg Bewersdorf. Der Senator sicherte in dem Gespräch zu, dieses Thema im Senat zu erörtern.

Jetzt hat ver.di nachgelegt und mehr als 11.000 Unterschriften in Bezirksämtern, Finanzämtern, Senatsdienststellen, der Feuerwehr, der Justiz, in Kitas und vielen anderen Dienststellen gesammelt, um der Forderung Nachdruck zu verleihen. *„Auch die Berliner Beschäftigten, die ihren Dienst beim Senat und den Bezirksverwaltungen tun, leiden unter den stark gestiegenen Preisen. Daher ist es notwendig, dass es auch für sie einen Inflationsausgleich gibt“*, sagte Andrea Kühnemann, stellvertretende ver.di-Landesbezirksleiterin. *„Innerhalb kürzester Zeit wurden über 10.000 Unterschriften in den Dienststellen gesammelt, die nun dem Finanzsenator überreicht werden. Das ist ein deutliches Zeichen!“*, ergänzt Benjamin Roscher, ver.di-Fachbereichsleiter.

Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Bezirksverwaltung Berlin, Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin, verantwortlich für den Inhalt: Andreas Stoll, Andreas.Stoll@verdi.de
Redaktion: Jörg Bewersdorf, Eric Lausch, Foto: Thorben Wengert_pixelio.de
weitere Informationen unter <https://bund-laender-bb.verdi.de/branchen/steuerverwaltung> oder mit unserem QR-Code

